

Die Einstellungen der Österreicher:innen zur Neutralität

Anna Saischek & Anna Stock

Einleitung

Wissenschaftliche Analysen, publizistische Kommentare und politische Aussagen zur österreichischen Neutralität kommen häufig auf die Einstellung der Bevölkerung zu sprechen. Vor allem betonen sie den starken Rückhalt, welchen die Neutralität in der Bevölkerung genießt, und den Einfluss, den dieser Rückhalt auf den Umgang mit der Neutralität ausübt. Es ist daher umso überraschender, dass sich die Forschung bislang noch nicht allzu intensiv mit den Einstellungen der Bevölkerung zur Neutralität auseinandergesetzt hat. Zwar liegen viele Studien vor, welche das Ausmaß des Zuspruchs erheben und auch im Zeitverlauf nachverfolgen¹, die Zahl an Studien, die ein differenzierteres Bild der öffentlichen Einstellungen zeichnen, ist jedoch nach wie vor überschaubar².

Der vorliegende Beitrag verfolgt daher das Ziel, die Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zur Neutralität zu untersuchen und herauszuarbeiten, inwiefern sich bei diesen Einstellungen Unterschiede innerhalb der Bevölkerung erkennen lassen. Hierzu greift der Beitrag auf die Daten des Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3) zurück. AFP3 ist ein Umfrageprojekt der Universität Innsbruck in Kooperation mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, in dem jährlich 3000 österreichische Staatsbürger:innen ab 18 Jahren über eine Quotenstichprobe ausgewählt und mittels eines computergestützten Fragebogens (Computer-Assisted Web Interview, CAWI) zu ihren Einstellungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik befragt werden.³ Der vorliegende Beitrag verwendet die Daten der zweiten Befragungswelle, die von Mitte Juni bis Ende Juli 2024 durchgeführt wurde.⁴ Neben Fragen, die sich mit den Einstellungen der Bevölkerung zur Neutralität beschäftigen, beinhalten die Wellen des AFP3 auch Fragen zum demographischen und sozio-ökonomischen Hintergrund sowie zur Selbstverortung der Befragten auf dem politischen Spektrum (links, Mitte, rechts).

Der Beitrag nutzt diese Daten, um zu untersuchen, ob sich bei den Einstellungen zur Neutralität Unterschiede auf Basis der Variablen Alter und politische Positionierung (Links, Mitte, Rechts) ergeben. Diese beiden Variablen sind relevant, um absehen zu können, ob es einen gesellschaftlichen und damit politischen Spielraum für eine Weiterent-

wicklung der Neutralität angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gibt. Sollten sich keine Unterschiede auf Basis des Alters und der politischen Position erkennen lassen, wäre dieser Spielraum wohl sehr gering.

Bei der Analyse der Einstellungen orientiert sich der Beitrag an drei Fragen. Die erste und grundlegende Frage ist, welche Bedeutung die Österreicher:innen der Neutralität zuschreiben. Der Beitrag kommt dabei zu dem Befund, dass sie der Neutralität als Merkmal der staatlichen Identität Österreichs die größte Bedeutung zumessen, gefolgt von ihrer Bedeutung für die Anziehung internationaler Organisationen und für die Stabilisierung des Umfelds. Der Schutzfunktion der Neutralität wird hingegen eine geringere Bedeutung zugeschrieben. Die zweite Frage ist, wie die Österreicher:innen das Verhältnis zwischen Neutralität und europäischer Solidarität im Bereich der Verteidigung wahrnehmen. Hierbei zeigt sich ein Ungleichgewicht zwischen einer hohen Solidaritäts-Erwartung im Fall eines Angriffs auf Österreich und einer vergleichsweise geringen Solidaritäts-Bereitschaft im Fall eines Angriffs auf einen anderen Staat der Europäischen Union (EU). Vor allem ist die Bereitschaft zu militärischen Formen der Solidarität (durch kämpfende oder unterstützende Truppen) sehr gering. Die dritte und letzte Frage ist schließlich, wie die Zukunft der Neutralität aus Sicht der Österreicher:innen aussehen soll. Hier zeigt sich eine klare Präferenz für das Beibehalten der Neutralität in ihrer gegenwärtigen Form. Die Rückkehr zu einer umfassenden, integralen Neutralität ist (mit Abstand) die zweitstärkste Präferenz. Am wenigsten Unterstützung findet eine Abkehr von der Neutralität. Über die drei Fragen hinweg zeigen sich Unterschiede zwischen den Altersgruppen der über 50-Jährigen und unter 50-Jährigen sowie Unterschiede zwischen Personen, die sich auf dem politischen Spektrum rechts, links oder in der Mitte verorten.

Der Beitrag entwickelt sich entlang der drei genannten Fragen. Zunächst behandelt er, welche Bedeutung die Bevölkerung der Neutralität zuschreibt. Danach beschäftigt sich der Beitrag mit der Solidaritäts-Erwartung und -Bereitschaft der Bevölkerung und geht schließlich auf ihre Einstellungen zur Zukunft der Neutralität ein. Im letzten Abschnitt weist der Beitrag noch auf Aspekte und offene Fragen hin, mit denen sich weiterführende (Umfrage-)Forschung zur österreichischen Neutralität auseinandersetzen sollte.

Die Bedeutung der Neutralität

Um zu untersuchen, welche Bedeutung die Bevölkerung der Neutralität zuschreibt, erhebt die AFP3-Befragung die Zustimmung zu sieben Aussagen (siehe Abbildung 1). Diese Aussagen beziehen sich auf vier Arten einer Bedeutung der Neutralität: i) als Identitätsmerkmal des Staates (»Die Neutralität ist Teil der staatlichen Identität Österreichs.«), ii) als Instrument zur Steigerung der Standortattraktivität (»Die Neutralität macht Österreich zu einem attraktiven Standort für internationale Organisationen.«), iii) als Instrument zur Stabilisierung des Umfelds (»Die Neutralität ermöglicht es Österreich, in Konflikten zu vermitteln.«) »Österreichs Neutralität trägt zu Frieden und Sicherheit in Europa bei.« »Österreichs Neutralität trägt zu Frieden und Sicherheit in der Welt bei.«) und schließlich iv) als Instrument zum Schutz des Staates (»Die Neutralität bewahrt Ös-

terreich davor, in Kriege verwickelt zu werden.« »Die Neutralität schützt Österreich vor Angriffen anderer Staaten.«).

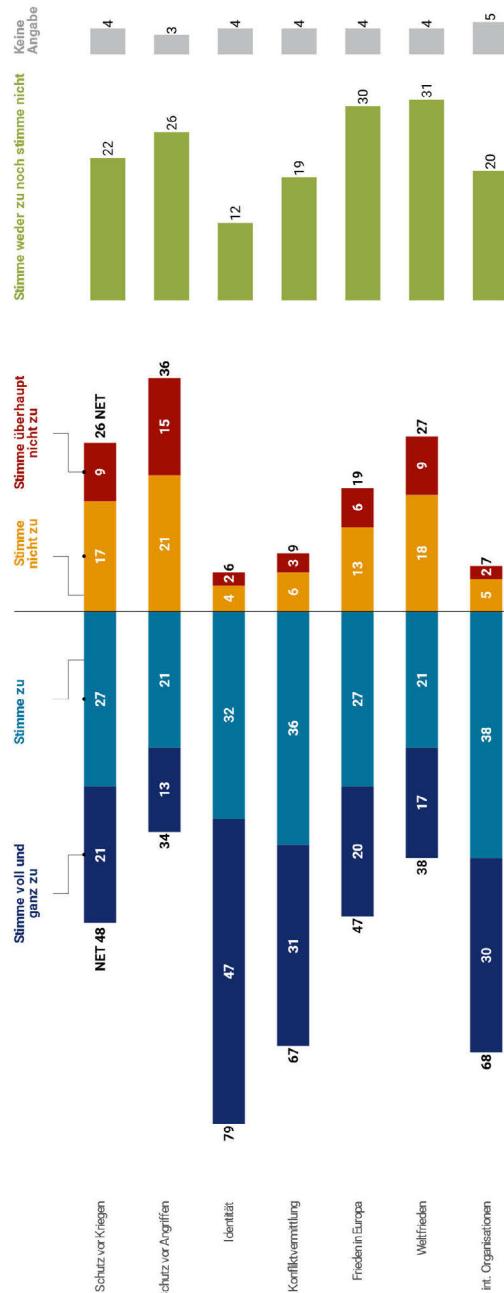
Es zeigt sich, dass die Befragten der Neutralität einen durchwegs hohen Stellenwert einräumen, wobei sich doch deutliche Unterschiede zwischen den Arten der Bedeutung feststellen lassen, wie in Abbildung 1 erkennbar ist. Die Befragten stimmen insgesamt der Rolle der Neutralität als Identitätsmerkmal am stärksten zu (78,4 %), gefolgt von der Erhöhung der Attraktivität Österreichs als Standort für internationale Organisationen (68,4 %). Weniger Bedeutung messen die Befragten der Neutralität als Instrument zur Stabilisierung des internationalen Umfelds bei, wo vor allem der Stellenwert der Neutralität bei der Vermittlung in Konflikten (67,6 %) Zustimmung findet. Ihr Beitrag zum Frieden in Europa (47,1 %) und in der Welt (38 %) wird allerdings als weniger wichtig eingeschätzt.

Bei der Schutzfunktion der Neutralität ergibt sich schließlich ein gemischtes Bild: Zwar ist die Zustimmung zur Bedeutung der Neutralität als Schutz vor der Verwicklung in Kriege anderer Staaten mit 48,2 % immer noch groß. Die Zustimmung zur Bedeutung der Neutralität als Schutz vor Angriffen anderer Staaten ist mit 34,6 % hingegen deutlich geringer und somit jene Bedeutung der Neutralität, die am wenigsten Zustimmung der Österreicher:innen erhält.⁵ Die Erwartung, dass die Neutralität vor Aggression schützt, ist demnach – und entgegen häufiger Warnungen von Wissenschaftler:innen, Publizist:innen und Politiker:innen⁶ – bei weitem keine Mehrheitsposition.

Betrachtet man nun zunächst die Bedeutung der Neutralität als Identitätsmerkmal des Staates im Detail (siehe Abbildung 2), so lässt sich feststellen, dass es bei der Variable politische Selbsteinschätzung der Befragten keine nennenswerten Unterschiede in der Zustimmung zu dieser Art der Bedeutung gibt. Eine interessante Varianz zeigt sich jedoch beim Alter der Befragten: Je älter die Befragten sind, desto stärker ist die Zustimmung zur Bedeutung der Neutralität als Identitätsmerkmal. Bei den über 50-Jährigen sind es im Durchschnitt noch 87,3 %, welche die Neutralität als Identitätsmerkmal wahrnehmen, während dieser Wert bei den unter 50-Jährigen auf 67,5 % sinkt. Von allen Altersgruppen hat jene der 18- bis 29-Jährigen den niedrigsten, wenngleich immer noch beachtlichen, Zustimmungswert von 62 %.

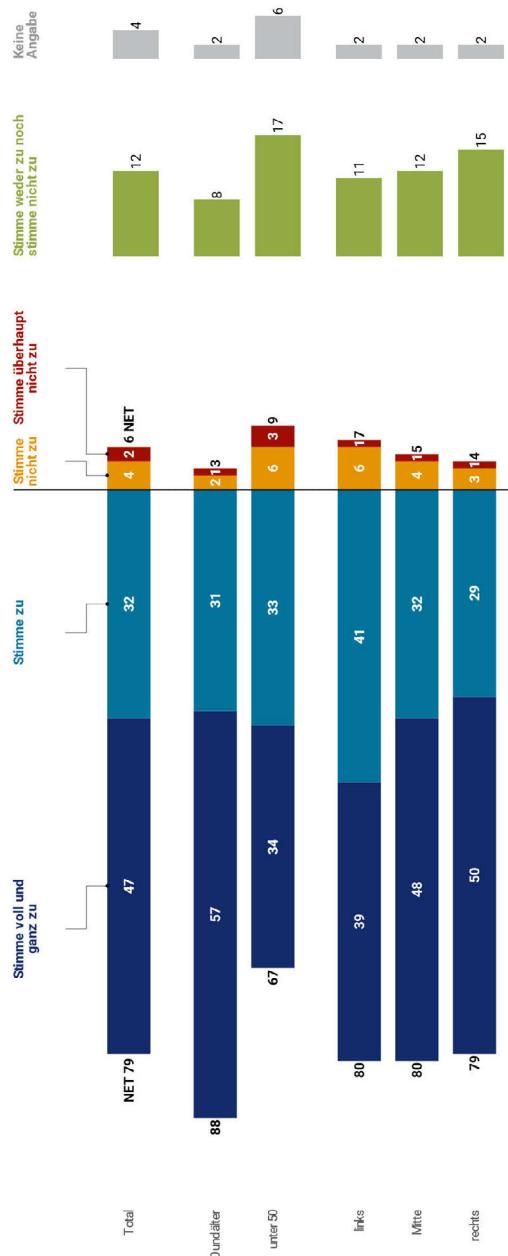
Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Bedeutung der österreichischen Neutralität als Anziehungskraft für internationale Organisationen (siehe hierzu auch den Beitrag von Sarah Knoll und Elisabeth Röhrlich in diesem Band) und als Instrument zur Stabilisierung des internationalen Umfelds. Bei den über 50-Jährigen stimmt eine deutliche Mehrheit (75,1 %) der Aussage zu, dass die Neutralität wesentlich zur Attraktivität Österreichs als Amtssitzland beiträgt, während die Zustimmung bei den unter 50-Jährigen mit 59,7 % doch eindeutig niedriger ausfällt, wenngleich sie immer noch auf einem sehr hohen Niveau ist. Am niedrigsten ist die Zustimmung mit 57,6 % wieder bei der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen. Außerdem zeigt sich, dass Personen, die sich auf dem politischen Spektrum links verorten, etwas häufiger von der Anziehungskraft der Neutralität überzeugt sind (73,1 %) als Personen, die sich politisch in der Mitte (70,1 %) oder rechts (65,8 %) einordnen.

Abbildung 1: Übersicht der Bedeutungszuschreibungen



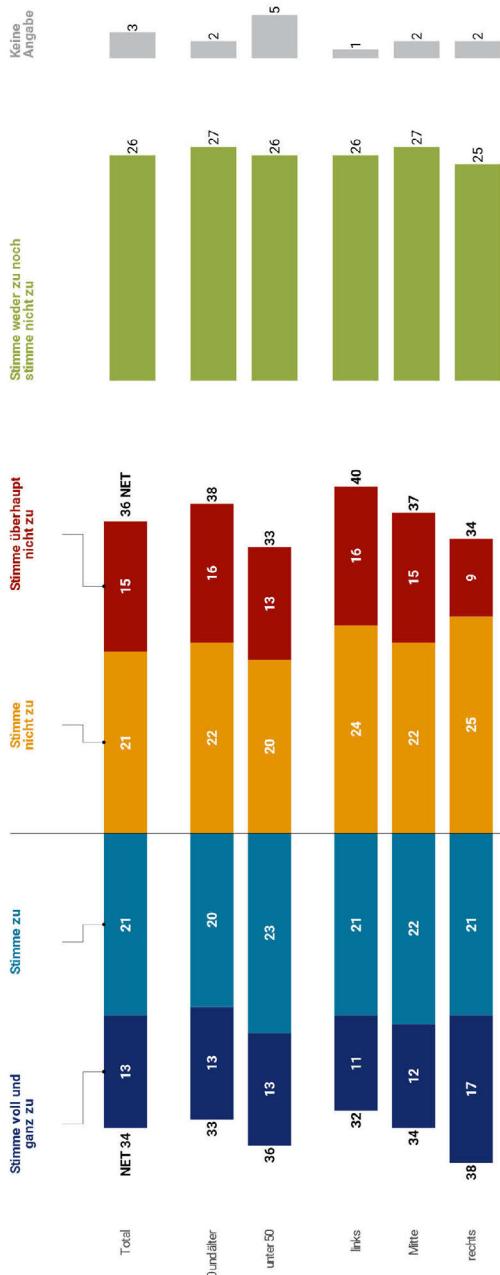
Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 2: Bedeutung der Neutralität als Identitätsmerkmal



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 3: Bedeutung der Neutralität als Schutz vor Angriffen



Quelle: Eigene Darstellung

Auch bei den drei Fragen, die sich auf die Bedeutung der Neutralität für die Stabilisierung des Umfelds beziehen, zeigt sich der Unterschied zwischen den Altersgruppen. Je älter die Befragten sind, desto höher ist die Zustimmung zur Aussage, dass die Neutralität es Österreich ermöglicht, in Konflikten zu vermitteln. Während die Zustimmung bei den über 50-Jährigen noch bei 78,9 % liegt, ist sie bei den unter 50-Jährigen mit 53,2 % deutlich geringer. Besonders eindeutig wird dieser Altersunterschied bei der jüngsten Gruppe der Befragten, den 18- bis 29-Jährigen, bei denen die Zustimmung mit 45,6 % am geringsten ausfällt.⁷

Im Gegensatz dazu sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen bei der Bedeutung der Neutralität für den Schutz Österreichs weniger stark ausgeprägt. Sowohl bei der Aussage, dass die Neutralität vor einer Verwicklung in Kriege schützt, als auch bei der Aussage, dass sie vor Angriffen anderer Staaten schützt, sind die Werte der über 50-Jährigen und der unter 50-Jährigen ähnlich (siehe Abbildung 3).⁸ Unterschiede zeigen sich hierbei eher auf Basis der politischen Positionierung: 38,7 % der Personen, die sich auf dem politischen Spektrum rechts der Mitte verorten, denken, dass die Neutralität vor Angriffen schützt. Bei Personen, die sich in der Mitte verorten, sind es 34,6 % und bei Personen, die sich links verorten, schließlich 32,3 %. Diese Tendenz kann man noch deutlicher bei der Aussage beobachten, dass die Neutralität Österreich vor einer Verwicklung in Kriege schützt. Hier liegt die Zustimmung der Befragten, die sich politisch rechts einordnen, bei 51,6 %, während sie für Personen, die sich selbst eher als links der Mitte beschreiben, 41,3 % beträgt. Personen, die sich politisch in der Mitte sehen, liegen mit einem Zustimmungswert von 48,7 % dazwischen.

Neutralität und Solidarität

Die zweite Frage, mit der sich dieser Beitrag beschäftigt, ist jene nach der Einstellung der Befragten zur europäischen Solidarität im Bereich der Verteidigung. Die Verpflichtung zum wechselseitigen Beistand ist in Artikel 42 Absatz 7 und Artikel 222 des Vertrags von Lissabon festgelegt. Während sich Artikel 222 auf Terroranschläge, Naturkatastrophen und menschengemachte Katastrophen bezieht, beinhaltet Art. 42 Abs. 7 die Verpflichtung zur Solidarität »[i]m Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats.« Die Formulierung, dass die Staaten der Europäischen Union einem angegriffenen Mitgliedstaat »alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung« schulden, impliziert, dass die Mitgliedstaaten nicht nur Bekundungen der Unterstützung, sondern tatsächliche Hilfe leisten müssen. Jedoch beinhaltet derselbe Absatz auch die sogenannte »Irische Klausel«, die hervorhebt, dass die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) »den besonderen Charakter [...] bestimmter Mitgliedstaaten« nicht berühren darf. Neutrale Staaten müssen sich demnach nicht an Maßnahmen beteiligen, die sie als Widerspruch zu ihrer Neutralität sehen – sie werden dadurch aber nicht vom Solidaritätsprinzip der EU entbunden (siehe hierzu die Beiträge von Andreas Müller und Ralph Janik in diesem Band).

Anlässlich der Umsetzung des Vertrags von Lissabon und der daraus resultierenden Neuregelung von Artikel 23j B-VG im Jahr 2010 wurde vom österreichischen Nationalrat explizit festgehalten, dass Österreich »auch in Zukunft selbst darüber entscheiden [könn-

ne], ob sowie auf welche Weise Unterstützung geleistet« werde.⁹ Dies bedeutet: Welchen Beistand Österreich im Fall eines bewaffneten Angriffes auf einen anderen EU-Staat leistet, bleibt eine politische Frage und politische Entscheidung, bei der auch die Einstellung der Bevölkerung einen relevanten Faktor darstellen wird.

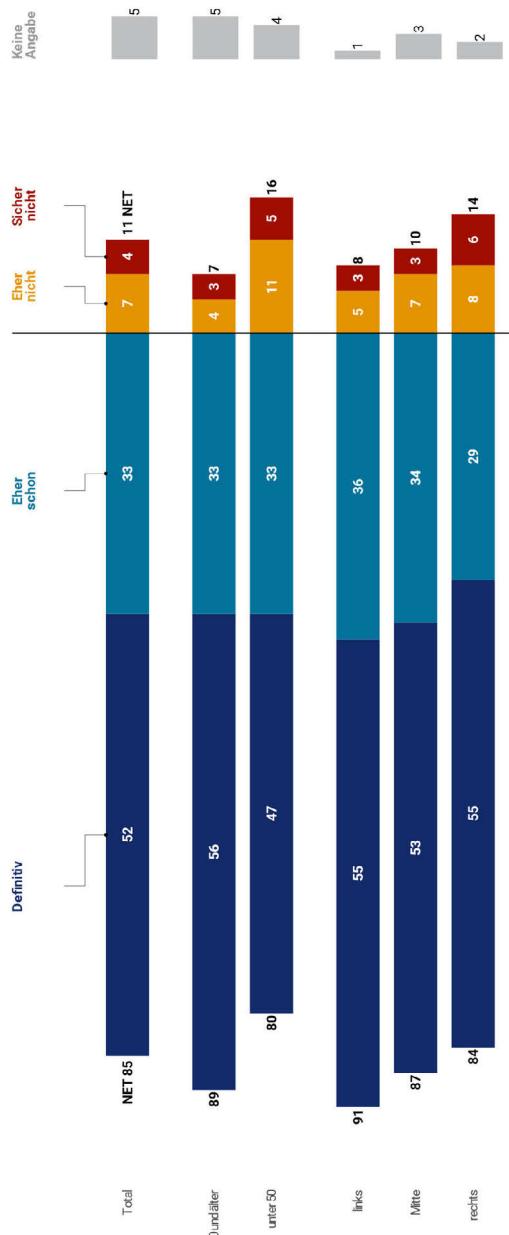
In der AFP3-Befragung wurden die Einstellungen der Österreicher:innen zur europäischen Solidarität im Bereich der gemeinsamen Verteidigung durch zwei Fragen erhoben. Eine erste Frage adressiert die *Erwartung von Solidarität*, also von militärischem Beistand durch andere EU-Staaten im Fall eines Angriffs auf Österreich (»Wenn Österreich militärisch angegriffen wird, sollten andere Mitgliedstaaten der EU Österreich militärisch unterstützen?«). Eine zweite Frage geht auf die *Bereitschaft zur Solidarität* mit anderen EU-Staaten ein, die Opfer einer militärischen Aggression werden (»Wie sollte sich Österreich im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen anderen EU-Staat verhalten?«).

Bei der Frage zur Solidaritäts-*Erwartung* wurden die Befragten mit einem knappen Text zunächst darüber informiert, dass es durch den Vertrag von Lissabon eine Pflicht zum Beistand im Fall eines Angriffs gibt.¹⁰ Bei der Frage zur Solidaritätsbereitschaft erhielten die Befragten ebenfalls eine kurze Textpassage, in der sie darüber aufgeklärt wurden, dass Österreich durch »den Artikel 23j seines Bundes-Verfassungsgesetzes weitreichende Möglichkeiten zur Teilnahme in einem europäischen Beistandsfall, inklusive des Einsatzes militärischer Mittel«, hätte.¹¹ Den Befragten wurde dabei ein Spektrum an Optionen angeboten, das von einem Minimum an Solidarität bis hin zu einer militärischen Solidarität im Sinne einer Entsendung von Kampftruppen reicht.

Wie in Abbildung 4 zu sehen ist, erwartet sich eine große Mehrheit der Österreicher:innen (84,7 %) im Fall eines Angriffs auf Österreich militärische Unterstützung durch andere Staaten der Europäischen Union. Die Bereitschaft, im Fall eines Angriffs auf einen anderen EU-Staat Beistand zu leisten, ist hingegen deutlich geringer, wie in Abbildung 5 erkennbar ist. Die Mehrheit der Befragten präferiert humanitäre Hilfe (68,7 %) oder ein absolutes Minimum an Hilfeleistung (57,4 %), während die Hilfe mit unterstützenden Truppen (wie ABC-Abwehr oder Pionieren) immerhin 39,5 % Zustimmung erhält. Eine Beteiligung mit kämpfenden Truppen ist in der österreichischen Bevölkerung hingegen unpopulär: Nur 19,7 % der Befragten sprachen sich für diese aus, 68,4 % dagegen.

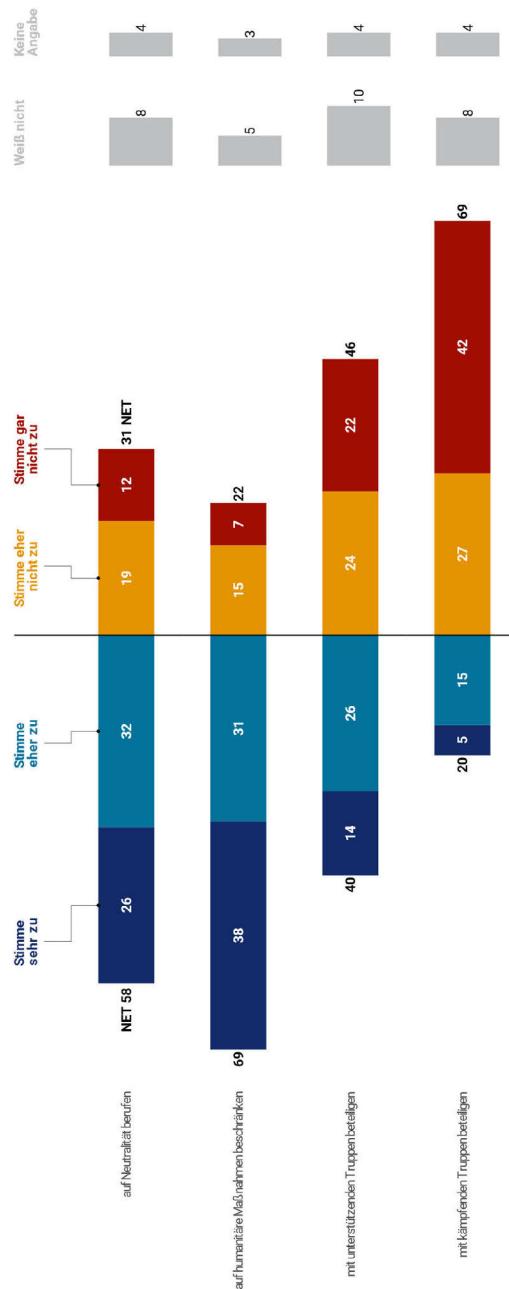
Was die Gründe für dieses Ungleichgewicht zwischen Solidaritäts-*Erwartung* und Solidaritäts-*Bereitschaft* sind, lässt sich aus den AFP3-Daten jedoch nicht ableiten. Die geringe Bereitschaft könnte an einer oftmals unterstellten *free-rider* Mentalität¹² liegen, also einem mangelnden *Willen* zur Solidarität. Sie könnte aber ebenso von der Einschätzung getragen sein, dass Österreich nicht über ausreichende *Fähigkeiten*, vor allem militärische Fähigkeiten, zu solidarischem Handeln verfügt. In Summe ist dieses Ergebnis jedoch nicht überraschend: Die Notwendigkeit und Möglichkeiten solidarischen Handelns waren in Österreich lange Zeit nicht Gegenstand der öffentlichen Debatte. Dementsprechend unvorbereitet scheinen die Österreicher:innen auf Fragen der Solidarität, vor allem im Bereich der militärischen Gewaltanwendung, zu sein.

Abbildung 4: Erwartung von Solidarität



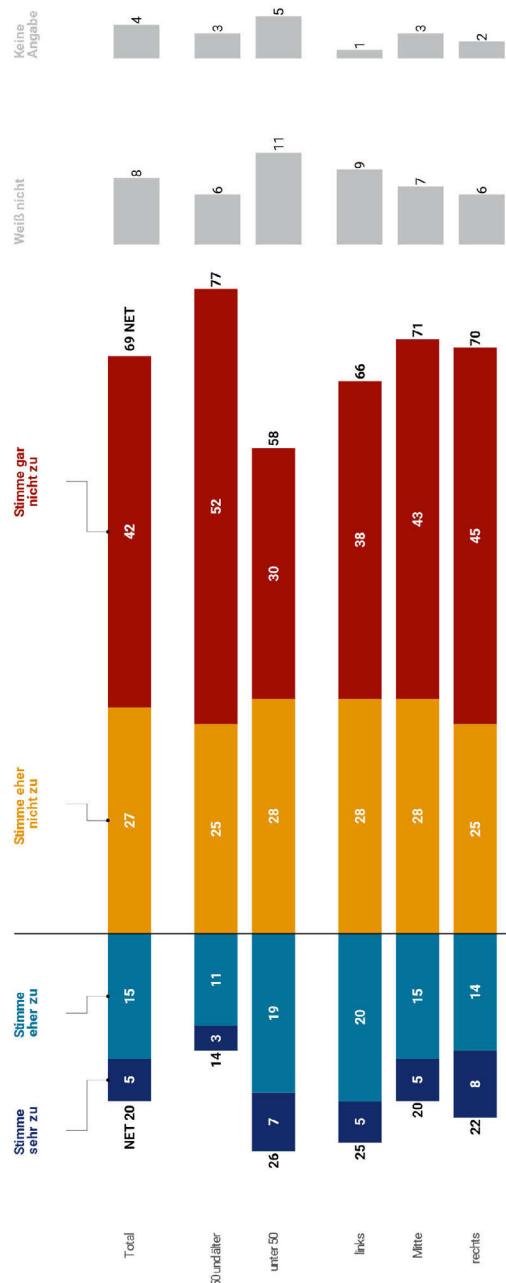
Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 5: Bereitschaft zur Solidarität



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 6: Zustimmung zur Beteiligung mit kämpfenden Truppen



Quelle: Eigene Darstellung

Bei der *Erwartung der Solidarität* im Falle eines militärischen Angriffs auf Österreich zeigen sich zunächst wieder altersbezogene Unterschiede (siehe Abbildung 4). Je jünger die Befragten sind, desto weniger stark ausgeprägt ist ihre Solidaritäts-Erwartung. Außerdem lassen sich wieder Differenzen zwischen Personen erkennen, die sich auf dem politischen Spektrum rechts, links oder in der Mitte verorten: Während sich 91 % der Personen, die sich selbst links der Mitte einordnen, militärischen Beistand von anderen erwarten, ist die Solidaritäts-Erwartung bei Personen, die sich selbst rechts positionieren, mit 83,8 % geringer.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass selbst Personen, welche der EU mit Skepsis begegnen, im Notfall militärische Solidarität ihrer Mitgliedstaaten erwarten würden. 82,4 % der Personen, die im Rahmen der AFP3-Befragung angaben, ein geringeres Vertrauen in die Europäische Union zu haben¹³, würden sich im Fall eines Angriffs militärische Unterstützung ihrer Mitgliedstaaten erwarten.

Bei der *Bereitschaft zur Solidarität* lassen sich ebenfalls Unterschiede zwischen den Altersgruppen erkennen. Während der prozentuale Unterschied bei der Bereitschaft zur Solidarität mittels unterstützender Truppen zwischen den Befragten unter 50 Jahren und den Befragten über 50 Jahren gering ist¹⁴, zeigt sich eine deutlichere Schere bei der Unterstützung mittels kämpfender Truppen (siehe Abbildung 6): 26,5 % der Befragten unter 50 Jahren stimmen dieser zu. Bei den Befragten über 50 Jahren waren dies lediglich 14,3 %. Die Gruppe der über 50-Jährigen lässt hingegen eine höhere Bereitschaft zur humanitären oder minimalen Unterstützung erkennen: 77,7 % der über 50-Jährigen befürworten Solidarität durch humanitäre Hilfe, während dies nur 57,4 % der unter 50-Jährigen tun. Bei der Leistung eines absoluten Minimums an Unterstützung lag die Zustimmung der über 50-Jährigen bei 65,5 % und jene der unter 50-Jährigen bei 46,9 %.

Derselbe Trend zeichnet sich auch bei der politischen Positionierung der Befragten ab. Über alle vier Optionen der Solidarität hinweg weisen Personen, die sich rechts der Mitte einordnen, geringere Zustimmungswerte auf als Personen links der Mitte und präferieren die Leistung von humanitärer Hilfe¹⁵ oder nur eines Minimums an Unterstützung¹⁶. Im Gegensatz dazu bekennen sich Personen links der Mitte des politischen Spektrums deutlicher als jene rechts zur Solidarität durch unterstützende Truppen¹⁷.

Die Zukunft der Neutralität

Die dritte Frage dieses Beitrags ist jene nach den Einstellungen zur Zukunft der Neutralität. Um diese zu untersuchen, wurde den Befragten die Frage gestellt, wie ihrer Meinung nach die Zukunft der Neutralität aussehen soll. Danach wurden den Befragten vier Entwicklungsszenarien angeboten: i) Beibehaltung der Neutralität in ihrer gegenwärtigen Form, ii) Rückkehr zu einer umfassenden Form der Neutralität, iii) Ende der Neutralität ohne Beitritt zur Nordatlantikvertrags-Organisation (eng.: North Atlantic Treaty Organization, NATO) und iv) Ende der Neutralität mit NATO-Beitritt. Das erste Szenario wurde mittels der Information präzisiert, dass die gegenwärtige Form der Neutralität durch »Solidarität mit der EU in Außen- und Sicherheitspolitik« gekennzeichnet ist. Das zweite Szenario einer umfassenden Neutralität wurde durch den Zusatz konkretisiert, dass

diese durch »keine Solidarität mit der EU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen« charakterisiert wäre.¹⁸

Wie in Abbildung 7 zu erkennen ist, sieht eine Mehrheit (56,8 %) der Bevölkerung die Fortsetzung des Status quo als Zukunft der Neutralität. Die Rückkehr zu einer umfassenden Form der Neutralität, also keine Solidarität mit der EU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, findet mit 33,1 % Zustimmung bereits deutlich weniger Anklang. Das Aufgeben der Neutralität scheint hingegen für den Großteil der Österreicher:innen keine Option darzustellen. Die Zustimmung zu einem Ende der Neutralität und einem NATO-Beitritt beläuft sich auf 11 % und lediglich 7,8 % billigen das Ende der Neutralität ohne NATO-Beitritt. Dementsprechend höher sind hier die Ablehnungswerte.¹⁹

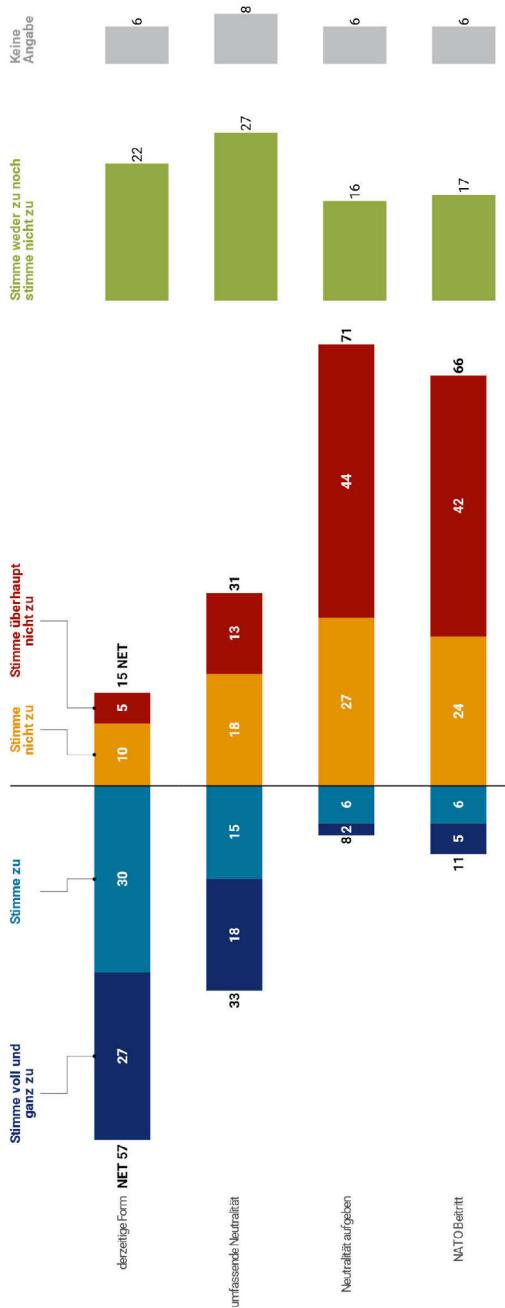
Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Befragten trotz des Festhaltens an der Neutralität keine ausgeprägte Skepsis gegenüber der NATO zu haben scheinen, wie in anderen Teilen der AFP3-Befragung zu erkennen ist. Bei der Frage nach dem Vertrauen in Organisationen rangiert die NATO mit 38 % auf dem Niveau der Vereinten Nationen (39 %) und sogar über dem der EU (34,6 %).²⁰ Bei der Frage wie wichtig eine Organisation für Österreich ist, sind immerhin 49,8 % der Befragten der Ansicht, dass die NATO wichtig sei, wenn auch deutlich weniger als im Fall der EU (67,5 %) und der Vereinten Nationen (59,8 %).²¹

Bei den Einstellungen zur Zukunft der Neutralität zeigen sich einmal mehr Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Bei den über 50-Jährigen wollen 63,5 % der Befragten an der gegenwärtigen Form der Neutralität festhalten, bei den unter 50-Jährigen sind es hingegen nur 48,2 % (siehe Abbildung 8). Bei der Rückkehr zur umfassenden Neutralität sind die Unterschiede geringer (siehe Abbildung 9): 35,8 % der Befragten über 50 Jahre sind dafür, bei den Befragten unter 50 Jahre sind es 30,1 %. Obwohl sowohl die jüngeren als auch die älteren Generationen mehrheitlich gegen ein Aufgeben der Neutralität sind, zeigen sich auch bei der Intensität der Ablehnung Unterschiede. 79 % der Befragten über 50 geben an, gegen das Aufgeben der Neutralität ohne nachfolgenden NATO-Beitritt zu sein, 74,8 % dieser Altersgruppe sind gegen das Aufgeben der Neutralität mit NATO-Beitritt. Im Vergleich dazu ist die Ablehnung der unter 50-Jährigen mit 58,7 % (ohne Beitritt) und 54,5 % (mit Beitritt) deutlich geringer, aber ebenfalls immer noch auf einem hohen Niveau.²²

Bei den 18- bis 29-Jährigen fällt die Ablehnung im Gegensatz zu den anderen Altersgruppen merklich geringer aus: 50,8 % der Befragten in dieser Altersgruppe lehnen das Aufgeben der Neutralität ohne nachfolgenden NATO-Beitritt ab, 48,8 % lehnen es mit nachfolgenden NATO-Beitritt ab.²³ Der dezidierte Widerstand gegen einen NATO-Beitritt ist bei den jüngeren Altersgruppen und vor allem bei der jüngsten Altersgruppe also weniger stark ausgeprägt.

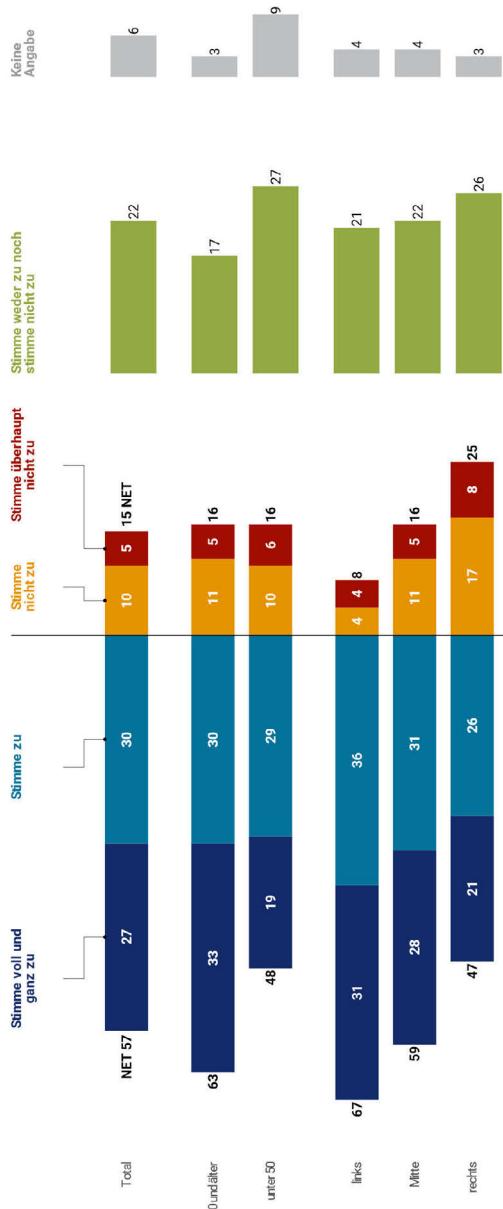
Unterschiede zeigen sich auch auf Basis der politischen Orientierung der Befragten. So sprechen sich Personen, die sich selbst links der Mitte des politischen Spektrums einordnen, eher (66,8 %) für die gegenwärtige Form der Neutralität aus, als es Personen tun, die sich am rechten Ende des Spektrums (46,4 %) verorten. Lediglich 19,7 % der Befragten, die sich als politisch linksstehend sehen, befürworten eine umfassende Neutralität. Weitauw weniger Unterschiede gibt es bei den Szenarien des Aufgebens der Neutralität. Egal ob mit²⁴ oder ohne²⁵ NATO-Beitritt, die Werte der Ablehnung einer Beendigung liegen über das politische Spektrum hinweg nahe beieinander.

Abbildung 7: Einstellungen zu den vier Neutralitäts-Szenarien



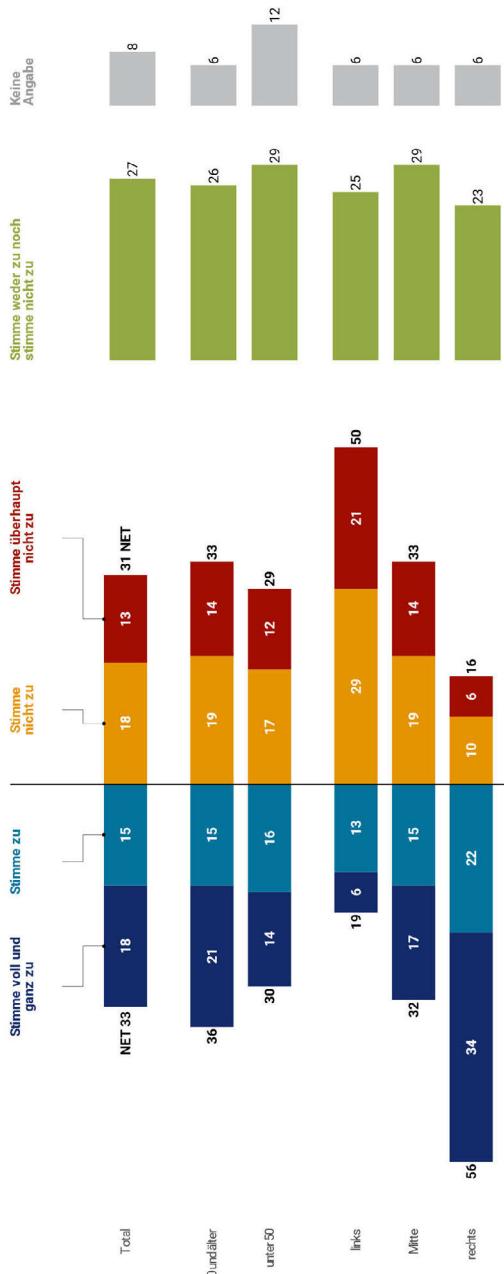
Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 8: Einstellungen zur Beibehaltung der Neutralität in ihrer gegenwärtigen Form



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 9: Einstellungen zur Rückkehr zu einer umfassenden Neutralität



Quelle: Eigene Darstellung

Ausblick

Der vorliegende Beitrag ist ein erstes Ausloten von innergesellschaftlichen Unterschieden in den Einstellungen zur Neutralität Österreichs. Er hat sich dabei auf die drei Fragen i) nach der Bedeutung der Neutralität, ii) nach ihrem Verhältnis zur europäischen Solidarität und iii) nach ihrer Zukunft sowie auf die zwei Variablen Alter und politische Positionierung fokussiert. Ein zentraler Befund des Beitrags ist, dass sich vor allem zwischen den Altersgruppen Unterschiede bei den Einstellungen zur Neutralität abzeichnen. Insgesamt scheinen jüngere Österreicher:innen der Neutralität weniger Bedeutung zuzumessen. Im Gegensatz dazu war eine Studie des Bundesministeriums für Landesverteidigung im Jahr 1999 noch zu dem Ergebnis gekommen, dass jüngere Befragte eher von der Aktualität der Neutralität überzeugt waren als ältere.²⁶ Die damals jüngeren und heute älteren Befragten scheinen der Neutralität also eher verbunden geblieben zu sein. Dass die jüngste Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen im Jahr 2024 durchwegs hohe Werte bei »Stimme weder zu noch nicht zu-« und »Weiß nicht«-Antworten aufweist, legt die Vermutung nahe, dass die Neutralität als politisches Thema bei jüngeren Österreicher:innen deutlich weniger präsent ist. Angesichts der De-Politisierung der Neutralität ab Mitte der 2000er-Jahre²⁷, also der Nicht-Existenz öffentlicher Debatten zu diesem Thema, ist dies nicht überraschend. In Summe zeigt sich also, dass ein gesellschaftlicher und politischer Spielraum für eine Weiterentwicklung der Neutralität existiert.

Weiterführende Forschung zu diesem Thema sollte sich vor allem auf drei Aspekte konzentrieren. Sie sollte erstens außenpolitische Grundeinstellungen²⁸ und deren Einfluss auf die Einstellungen zur Neutralität in den Blick nehmen. Zwar wird der Bevölkerung Österreichs eine Neigung zum Pazifismus²⁹ oder auch zum Postheroismus (siehe hierzu den Beitrag von Ralph Janik in diesem Band) attestiert, es existiert jedoch keine Forschung, die auf Basis von Daten zeigen könnte, dass diese Grundeinstellungen tatsächlich mehrheitlich geteilt werden, in welchem Ausmaß andere Grundeinstellungen (z. B. Isolationismus, Internationalismus) in der Bevölkerung vorhanden sind und welchen Einfluss diese Grundeinstellungen auf die Einstellungen zur Neutralität wie auch zur Solidarität haben.

Weiterführende Forschung sollte sich zweitens ebenfalls mit den Einstellungen zur Solidarität auseinandersetzen. Der Ausgangspunkt dieser Forschung sollte die zuvor erwähnte Frage sein, ob die geringe Bereitschaft zur Solidarität (und vor allen zur militärischen Solidarität) die Konsequenz eines mangelnden Willens zur Solidarität ist oder aus Einschätzungen der (Un)fähigkeit zur Solidarität folgt. Darauf aufbauend sollte die Forschung untersuchen, welche Faktoren den Willen zur Solidarität beeinflussen. Neben den bereits genannten Grundeinstellungen müsste sich die Forschung insbesondere damit auseinandersetzen, ob die Art der Krisensituation den Willen zur Solidarität beeinflusst. In der AFP3-Befragung wurde das wenig konkrete aber gleichzeitig hoch intensive Szenario eines »bewaffneten Angriffs auf einen anderen EU-Staat« verwendet. Da die Beistandspflicht für ein ganzes Spektrum an Krisensituationen gilt, die von Naturkatastrophen über Terroranschläge bis zu konventionellen Angriffen reichen, sollten weiterführende Studien unterschiedliche Szenarien zur Anwendung bringen.

Jenseits der Umfrageforschung wäre es drittens wichtig, sich mit der Neutralität wie auch mit der Solidarität in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus der Perspekti-

ve der politischen Bildung zu beschäftigen, also zu untersuchen, wie diese Themen und das Verhältnis zwischen ihnen im Rahmen der Schul- und der Erwachsenenbildung vermittelt werden.

Anmerkungen

- 1 Siehe etwa Conrad Seidl, »Klare Mehrheit für Neutralität und höheres Heeresbudget,« *Der Standard*, 23. Oktober 2023, <https://www.derstandard.at/story/3000000191969/klare-mehrheit-fuer-neutralitaet-und-hoheres-heeresbudget>; Gallup Institut, »Gallup Stimmungsbarometer: Zwei-Länder-Umfrage zum Thema Neutralität: Österreich und Schweiz,« 2. Juni 2022, https://www.gallup.at/fileadmin/images_and_pdfs/marktstudien/2022/Gallup_PA_Umfrage_zum_Thema_Neutralitaet_Oesterreich_und_Schweiz_02062022.pdf; Gallup Institut, »Neutralität: Die Hoffnung, dass alles gut wird: Gallup Austria,« 14. März 2024, <https://www.gallup.at/de/newsroom/umfragen/2024/neutralitaet-die-hoffnung-dass-alles-gut-wird/>; »Mehrheit sieht Österreich >nicht mehr neutral,« *Kurier*, 19. Februar 2024, <https://kurier.at/politik/inland/oesterreich-neutralitaet-umfrage/402783628>. Siehe hierzu auch rezente Expert:innen- und Eliten-Befragungen: Christoph Schwarz und Adam Urosevic, Österreichs Neutralität: Rolle und Optionen in einer sich verändernden Weltordnung (Wien: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2023), <https://www.aies.at/download/2023/AIES-Studie-Neutralitaet.pdf>; Christoph Schwarz, »Zwischen Anspruch und Anpassung: Europäische Perspektiven auf die österreichische Neutralität,« AIES-Studie 2025/2, https://www.aies.at/download/2025/Executive_Summary_GER.pdf; Eyal Rubinson, »Holding the line: Austrian neutrality in the shadow of the war in Ukraine,« *Cooperation and Conflict*, early view (2025), <https://doi.org/10.1177/00108367251327685>.
- 2 Siehe hierzu rezent IPSOS und Bundesministerium für Landesverteidigung, »Österreichische Sicherheitspolitik im Trend: Einstellungen der Bevölkerung zur Sicherheitspolitik in Österreich,« 21. Oktober 2024, https://www.bmlv.gv.at/aktuell/b-vg_art20/oe_sihepol_2024.pdf; Rita Helena Phillips, Wolfgang H. Prinz und Gloria C. Straub. »Understandings of Neutrality and Its Origins in Young Austrian Adults,« *European Politics and Society*, early view (2025), <https://doi.org/10.1080/23745118.2025.2482947>; Siehe ebenfalls Erich Reiter, Hg., *Die Meinungen der Österreicher zu Neutralität, Sicherheit und NATO in Diagrammen und Tabellen: eine Information des Militärwissenschaftlichen Büros* (Wien: Militärwissenschaftliches Büro des Bundesministeriums für Landesverteidigung, 1999); Hanspeter Neuhold und Franz Wagner, »Das Neutralitätsbewusstsein des Österreichers,« *Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik* 13, Nr. 2 (1973): 67–85.
- 3 Siehe hierzu im Detail die Webpage des Projekts <https://afp3.at/>.
- 4 Martin Senn, Dominik Duell und Franz Eder, *Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3)*, Version 2.0 (Austrian Social Sciences Data Archive, 2024), <https://doi.org/10.11587/UJJWTG>.
- 5 Ein ähnliches Ergebnis zeigte sich in einer Umfrage von Unique Research und der Zeitschrift *Pragmaticus* im Herbst 2024. 37 % der Befragten gaben an, dass

die Neutralität Österreich im Ernstfall vor einem Angriff schützen würde. Siehe »Politologe: ›Österreichische Neutralität ist eine einzige Lebenslüge.‹« *Kurier*, 4. Oktober 2024, <https://kurier.at/politik/inland/oesterreich-neutralitaet-lebensluege-schutz-krieg-ernstfall-eu-beihilfe/402958240>.

- 6 Zitiert in Michael Jungwirth, »Dass uns die Neutralität alleine schützt, ist ein gefährlicher Trugschluss,« *Kleine Zeitung*, 19. März 2025, <https://www.kleinezeitung.at/politik/19488628/dass-uns-die-neutralitaet-alleine-schuetzt-ist-ein-gefaehrlicher>. Siehe auch Wolfgang Schüssel, »Die Neutralität bietet keinen Schutz,« *Der Pragmaticus*, 10. März 2024, <https://www.derpragmaticus.com/r/neutralitaet-nato> sowie das Interview mit Irmgard Griss in der *ZIB-2* vom 02. März 2025, in dem sie betonte, dass es zum Thema Neutralität einen Prozess der Diskussion und der Bewusstseinsbildung brauche, in dem man »den Leuten begreiflich machen muss: Neutralität ist kein Schutz.«
- 7 Die Einstellungs-Unterschiede nach Alter finden sich ebenso bei der friedens- und stabilitätssichernde Funktion der Neutralität in Europa wieder aber entfallen im Hinblick auf die Friedens- und Stabilitätssicherung in der Welt.
- 8 47,1 % der Personen unter 50 Jahren und 48,7 % der Personen über 50 Jahren stimmen zu, dass die Neutralität vor einer Verwicklung in Kriege schützt. 35,6 % der Personen unter 50 Jahren und 33,5 % der Personen über 50 Jahren stimmen zu, dass die Neutralität vor Angriffen schützt.
- 9 »827 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXIV. GP« (Wien, 2010), 16, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXIV/I/827/fname_190281.pdf.
- 10 Die genaue Formulierung ist: »Der Vertrag von Lissabon verpflichtet die Mitgliedstaaten der EU, im Fall eines Angriffs gegen einen EU-Staat Beistand zu leisten.« Senn, Duell und Eder, Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3), Item 57: *intro_neutrality_pt2*.
- 11 Senn, Duell und Eder, Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3), Item 59: *austria_solidarity*.
- 12 Gustav Gressel, »Free-rider for life: Austria's inability to fulfil its defence commitments«, in *Ambiguous Alliance: Neutrality, Opt-Outs, and European Defence*, hg. von Clara Sophie Cramer und Ulrike Franke (Brüssel: European Council on Foreign Relations, 2021), 7–14, <https://ecfr.eu/wp-content/uploads/Ambiguous-alliance-Neutrality-opt-outs-and-European-defence.pdf>.
- 13 Vertrauen in Institutionen wurde mittels einer Skala von 0 (»Vertraue ich überhaupt nicht«) bis 10 (»Vertraue ich voll und ganz«) erhoben. Geringes Vertrauen bezieht sich auf Werte zwischen 0 und 4. Senn, Duell und Eder, Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3), Item 34: *institution_trust*.
- 14 40,1 % der unter 50-Jährigen und 39 % der über 50-Jährigen stimmen der Solidarität durch unterstützende Truppen zu.
- 15 64,4 % der Befragten, die sich als links der Mitte einordnen stimmen zu. 73,6 % der Befragten, die sich rechts der Mitte einordnen stimmen zu.
- 16 41,4 % der Befragten, die sich als links der Mitte einordnen stimmen zu. 66,4 % der Befragten, die sich rechts der Mitte einordnen stimmen zu.

- 17 46,2 % der Befragten, die sich als links der Mitte einordnen stimmen zu. 38,7 % der Befragten, die sich rechts der Mitte einordnen stimmen zu.
- 18 Senn, Duell und Eder, Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3), Item 56: neutrality_prospects_.
- 19 70 % der Befragten stimmen gegen das Aufgeben der Neutralität ohne einen NATO-Beitritt, verglichen mit 65,8 %, die trotz resultierendem NATO-Beitritt gegen ein solches Aufgeben stimmen.
- 20 Vertrauen in Organisationen wurde mittels einer Skala von 0 (»Vertraue ich überhaupt nicht«) bis 10 (»Vertraue ich voll und ganz«) erhoben. Hohes Vertrauen bezieht sich auf Werte zwischen 6 und 10. Senn, Duell und Eder, Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3), Item 34: institution_trust_.
- 21 Die Relevanz von Organisationen wurde mittels einer Likert Skala erhoben (»Sehr wichtig«, Eher wichtig«, »Eher unwichtig«, »Unwichtig«). Senn, Duell und Eder, Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3), Item 35: institution_relevant_.
- 22 Die Zustimmungswerte zum Aufgeben der Neutralität sind hingegen sehr gering. Nur 4,6 % der über 50-Jährigen stimmen ohne NATO-Beitritt und 8,1 % mit darauf folgendem NATO-Beitritt zu. Bei den unter 50-Jährigen sind es 12 %, die dem Aufgeben der Neutralität ohne NATO-Beitritt und 14,7 %, die dazu ohne NATO-Beitritt zustimmen.
- 23 Ohne NATO-Beitritt lehnen 50,8 % das Aufgeben der Neutralität ab, mit NATO-Beitritt sind es 48,8 %.
- 24 66,8 % der sich selbst als links einschätzenden und 73,5 % der sich als rechts einschätzenden Befragten lehnen das Aufgeben der Neutralität mit NATO-Beitritt ab.
- 25 65,4 % der sich selbst als links einschätzenden und 66,5 % der sich als rechts einschätzenden Befragten lehnen das Aufgeben der Neutralität mit NATO-Beitritt ab.
- 26 Reiter, Die Meinungen der Österreicher zu Neutralität, Sicherheit und NATO in Diagrammen und Tabellen, 54 – 55.
- 27 Martin Senn, »Österreichs Neutralität,« in Handbuch Außenpolitik Österreichs, hg. von Martin Senn, Franz Eder und Markus Kornprobst (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2023), 32, https://doi.org/10.1007/978-3-658-37274-3_2.
- 28 Siehe hierzu Timothy B. Gravelle, Jason Reifer und Thomas J. Scotto. »The structure of foreign policy attitudes in transatlantic perspective: Comparing the United States, United Kingdom, France and Germany,« European Journal of Political Research 56, Nr. 4 (2017): 757–776, <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12197>.
- 29 Siehe etwa Gernot Bauer, »Land der Luschen: Warum unser Pazifismus zum Problem wird,« Profil, 8. März 2024, <https://www.profil.at/meinung/land-der-luschen-warum-unser-pazifismus-zum-problem-wird/402811294>.